

19./XII. 1918

Handel, Industrie und Verkehr

Wien, 19. Dezember.

Kohlenfrage und Elektrifizierung.

Von Dr. Heinrich Schreiber.

Die letzten Kriegsjahre waren von der regelmäßig wiederkehrenden Kohlennot begleitet. Wie in manchen anderen Sorgen und Vorfällen hoffte man immer wieder auf eine baldige Beendigung des Krieges und war der Meinung, daß mit dem Frieden auch alle Not ihr Ende haben und mithin auch die Kohlennot beschworen sein werde. Es kam jedoch anders.

Wenn die schwarze Kohle zur Erzeugung von Licht, Wärme und Kraft verjagt, dann beginnt man an die weiße Kohle zu denken. Man darf es frei heraus sagen: die Verwertung der Wasserkräfte war mehr von einer langhollen Zukunftsmusik umrauscht, als von dem schallkräftigen Widerhall einer ernstbestimmten Gegenwartssache, ungeachtet aller Mahnungen und Forderungen, die von den Freunden der Wasserwirtschaft und der Elektrifizierungspläne erhoben wurden. Es kann keine Frage sein, daß sich auch die neugegründeten Nationalstaaten der Wirtschaft und der Industriepolitik gehörig annehmen werden, daß die kohlereichen Länder des tschecho-slowakischen Staates sehr wohl bedacht sein werden auf die Ausgestaltung ihrer wärmeelektrischen Anlagen und auf die Erweiterung ihrer Verteilungsnetze, ebenso wie die kohlensamen Länder des deutschösterreichischen Staatsgebietes in der Ausnützung der Wasserkräfte einen hochwertigen Schatz und Erbs für die Brennstoffe zu haben bemüht sein werden. Man braucht doch nur an den Wert der Enns-Wasserkräfte für die Versorgung unserer Großstadt zu denken, oder an das Projekt, die Donauwasserkräfte bei Wallsee in den Dienst der Großstadtstromversorgung zu stellen. Freilich waren alle Elektrifizierungspläne, und zwar auch jene zur Ausnützung der Alpenwasserkräfte, für welche die Studien — wie die Berichte der Staatseisenbahnverwaltung gezeigt haben — sehr weit vorgeschritten sind, im Zusammenhange und im Zusammenschlusse mit der Energieerzeugung an dem Grundstücken der Kohle gedacht, um durch Verteilung der Wasser- und der Kohlenenergien mittels eines weitgespannten Reichsstromnetzes eine weitreichende Elektrifizierung ins Werk zu setzen. Scheinbar sind diese so gedachten Pläne dem Schicksal ausgeliefert, eine Utopie zu bleiben, wenn nicht etwa doch die Einsicht von der Nützlichkeit der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit der ehemaligen altösterreichischen Länder siegt und auch die tschecho-slowakischen sich mindestens zu einem wirtschaftlichen Zusammenschlusse mit den innerösterreichischen Ländern auf den neutralen Boden einer Einigung begeben, die wir elektrotechnisch als gegenseitige Kraftaushilfe bezeichnen möchten.

Aber auch an sonstigen Projekten zum Ausbau von Großwasserkräften und mittleren Wasserkräften fehlt es nicht, einestheils zur Elektrifizierung der Alpen- und anderer Völbahnen, andernteils zur Errichtung von Großkraftwerken für Industrie, Stickstoffanlagen, chemische und metallurgische Establishments und für die allgemeine Verteilung von Licht und Kraft an die gewerbstätige Bevölkerung. Man braucht nur einen Blick in die bereits erwähnten Mitteilungen des Eisenbahnministeriums über die Aktion zur Elektrifizierung der Alpenbahnen zu werfen, um zu erkennen, daß die Sicherstellung der Großwasserkräfte für solche Zwecke auf dem besten Wege ist. Als neuesten, bereits vollendeten Großbau sei aber das Augenmerk auf das Wasserkraftwerk bei Faal gelenkt, das den Umkreis von Marburg mit Strom versorgen und die elektrische Energie bis nach Graz tragen soll. Andere Projekte, wie zum Beispiel das Thahalmwerk, können zu keiner gedeihlichen Lösung gelangen. Vielleicht, daß sich die tschecho-slowakischen Machthaber für dieses letztere Unternehmen jetzt lebhafter interessieren werden.

Unbedingt aber sind alle diese Wasserkraftprojekte, namentlich jene des größeren Ausmaßes, mögen sie auch in ihrer Verwirklichung etwa beschleunigt werden, auf längere Sicht zu stellen, weil die Herstellung solcher Anstaltbauten und Triebwerke viele Jahre erfordert. Sie bedingt überdies eine zeitgemäße Regelung der gesetzlichen Bestimmungen über Wasser- und Elektrizitätswirtschaft. Es ist unumgänglich, daß die Modernisierung des Wassergesetzes und die Schaffung eines Elektrizitätsgesetzes, wie sie unter dem alten Regime aufgegriffen und weit vorgeschritten war, nicht länger aufgeschoben wird.

Von den gesetzlichen Voraussetzungen führt aber der Weg unmittelbar zu dem finanzpolitischen Aufbau. Kein anderes Gebiet, wie gerade jenes der Elektrizitätspolitik, hat sich so als Sammelplatz für phantasievolle nationalökonomische Theorien erwiesen. Heute hält man, nachdem der Weg von der Privatwirtschaft zum Municipalsozialismus zurückgelegt war, bei dem Rufe nach der sozialen Elektrizitätswirtschaft, der sogenannten Sozialisierung, und dieses Prinzip ist, wenn auch etwas gedämpft und geschwächt, durch die gemischtwirtschaftliche Unternehmung als Kooperation zwischen Staat und Privatkapital unter Heranziehung der öffentlichen Beteiligung hervorstechend in den Entwurf des Elektrizitätsgesetzes übergegangen. Daraus leitet sich aber natürlich die Frage ab: Können die nun kleineren Staaten, und kann insbesondere der deutschösterreichische Staat die gewaltigen Kapitalien beschaffen, um sie in solchen Entreprisen anzulegen? Wird das Privatkapital unter den jetzigen bescheidenen Verhältnissen sich bereithalten, unter der Oberhoheit und Kontrolle der Staatsverwaltung solchen Unternehmungen beizutreten, die damit verbundenen großen Risiken auf sich zu nehmen, dabei immer von dem Gespenst der Sozialisierung der Betriebe, das heute ein solch kräftiges Echo weckt, bedrängt zu sein und daneben auch die beträchtlichen

fiskalischen Lasten zu tragen, die anscheinend jeder Arbeit und jedem Verdienste aufgebürdet werden sollen?

Nichtsdestoweniger lassen sich die Verhältnisse für die Elektrifizierungsprojekte, gerade infolge der ständigen Kohlennot, für unsere Länder nicht ungünstig beurteilen. Man braucht die Wasserkräfte. Sie sind uns unentbehrlich und sie sind da; sie warten längst auf ihre Ausbeutung und sie sollen uns helfen, uns von den Feinden zu emanzipieren, die eigenen Bodenschätze zu nützen und sie der selbständigen nationalen Arbeit dienstbar zu machen. Man kann nach den Mitteilungen der letzten Tage über die vom deutschösterreichischen Staatstate gefassten Entschlüsse zum Ausbau der Wasserkräfte und zur Errichtung eines einheitlichen Elektrizitätswirtschaftsamtens erwarten, daß die Staatsverwaltung mit ihrer laufenden, dilatorischen Politik, die das alte Regime in der Frage der Wasserkräfte beobachtet hatte, aufzuräumen und den Damm über die Gefällstufen, die er auf sie gelegt hatte, brechen wird. Alles aber kommt auf die Finanzkraft an, auf das Vermögen und die Freude, solche Unternehmungen ins Leben zu rufen, auf den Wagemut, der nach überlangem Stillstande, den der Krieg mit sich gebracht hat, der produktiven Arbeit neue Impulse einflößen soll. Die Wasserkräfte und die Elektrizitätswirtschaft sind jedenfalls wert, mit altem Eifer gehegt und gefördert zu werden, weil an ihnen große Zukunftsaufgaben und weitreichende Aussichten für das Gedeihen des Staates und seiner Bewohner haften.